

## **Haushaltsrede der Wählergemeinschaft Bürgerpartei GL zum Haushalt 2023 der Stadt Bergisch Gladbach**

### **Krisenhaushalt mit vertanen Chancen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushalt ist im Wesentlichen ein Krisenhaushalt. Es werden große und historisch einmalige Chancen vertan. Zu den wichtigsten Punkten möchte ich kurz Stellung nehmen.

Zunächst basiert das Haushaltskonzept hauptsächlich auf einem komplexen Sparkurs, der leider durch Dinge ergänzt wird, die ihn auf dem Papier schöner aussehen lassen. Der erste Zaubertrick ist das sogenannte "Schütt aus hol zurück-Prinzip". Dabei werden Gewinne und stille Reserven aus städtischen Gesellschaften und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen an den Kernhaushalt abgeführt und dann im Wege der Kapitalerhöhung dort wieder eingelegt. Dadurch kann der ausgeschüttete Betrag im Kernhaushalt erfolgswirksam verbucht werden, die Liquidität bleibt jedoch beim Ausschüttenden. Der zweite große Zaubertrick ist das COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz. Dies ermöglicht es der Stadt, Aufwendungen und Mindererträge bedingt durch den Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie über einen Zeitraum von bis zu 50 Jahren abzuschreiben und aus dem Haushaltsplan als außerordentlichen "Isolierungsertrag" herauszurechnen.

---

Wenn man nicht nur "auf Sicht" fahren möchte, muss man sich klarmachen, dass der städtische Haushalt einen größeren Turnaround braucht, um wieder auf Kurs zu kommen. Die Instrumente des Schönrechnens und des Sparens kennen wir bereits. Über Jahrzehnte wurde an den Schulen gespart. Als Sparvorschlag wurde vor nicht allzu langer Zeit von Frank Steins Vorgänger sogar die Schließung des NCG vorgeschlagen. Als Nebenwirkung zeigte sich bei überdosiertem Sparzwang, dass plötzlich und überraschenderweise alle Schulgebäude an den Schulstandorten neugebaut oder kernsaniert werden mussten. In einigen Stadtteilen müssen sogar dringend neue Schulstandorte geschaffen werden. Auch beim Kindergarten-Angebot wurde zwangsweise gespart, regelmäßig mit dem Hinweis, dass der Kauf geeigneter Grundstücke zu teuer sei. Für das neue Bürgermeisterbüro war es am günstigsten, wenn man der Stadt gar keine geeigneten Grundstücke mehr vorschlagen würde. Als weitere überraschende Nebenwirkung wurde festgestellt, dass nach Jahren der Unterversorgung mit Kitaplätzen eine stadtweite Kita-Krise ausgebrochen ist. Es fehlen etwa 800 Kitaplätze mit einer stark steigenden Tendenz. Die ersten Klagen auf einen Kitaplatz sind eingegangen, und die Stadt wurde verurteilt.

Sie sehen also, dass Sparen auch Nebenwirkungen und immense Kostenrisiken mit sich bringt. Vielleicht können Sie sich auch annähernd vorstellen, was mit den Menschen in der Stadt passiert, wenn sie keinen Kita- oder Schulplatz bekommen.

Ab 2026 sollen übrigens zunächst alle Grundschulkinder ab der ersten Klasse einen gesetzlichen Anspruch auf einen OGS-Platz haben. Bei diesem Haushalt im Krisenmodus wird dieser Entwicklung in keiner Weise Rechnung getragen.

---

Sie sehen also, dass Sparen auch Risiken und Nebenwirkungen hat. Hierbei geht es darum, an der richtigen Stelle und im richtigen Maß zu sparen. Im Gladbacher Haushalt ist dieser Spagat selten gelungen.

Im vorliegenden Haushalt soll der Mangel krisenmäßig verwaltet und gespart werden.

Dabei verpasst die Stadt historische und einmalige Chancen.

Eine historische Chance ist, oder man muss nun sagen, war die schnelle Neuentwicklung des Zanders-Geländes. Eine Vielzahl von Investoren stand uns vor der Tür und hat - ohne dass Teile des Zanders-Geländes überhaupt angeboten wurden - der Stadt Geldsummen geboten für die Entwicklung, in einer Höhe, die es dem Bürgermeister "schwindelig" machte. Wir waren bis letztes Jahr in einem 12 Jahre andauernden Bau-boom und einer historischen Niedrigzinsphase. Leider ist das jetzt vorbei. Die Chance ist vertan!

Doch anstatt den Kurs einer schnellen Planung durch die Stadt und schnellen Entwicklung zumindest von Teilen von Zanders durch private Bauträger und Investoren zu verfolgen, wurde das Großprojekt zu einer Art politischen Geisel. Es wird, wie befürchtet, einen langen Entwicklungsweg gehen, ähnlich wie es das Steinmüllergelände in Gummersbach erlebt hat.

Hierbei maßt man sich an, beurteilen zu wollen, wie der Real Estate Markt in 20 Jahren aussehen wird, und träumt einen sanften Traum des neuen Bergischen Sozialismus. Grund und Boden auf Zanders sollen bei allem Bau, aller Investition und aller Entwicklung bei der Stadt bleiben und im Zuge von Erbpacht regelmäßige Pachterträge an die Stadt abführen.

---

Dazu kann man stehen, wie man will. Aber eine solche einmalige historische Chance verstreichen zu lassen, einen ganzen Stadtteil mit 40 Hektar Fläche mitten im Bauboom ganz oder teilweise schnell zu entwickeln, ist und war völlig unverantwortlich. Das gilt auch für den in der Folge über Jahre zerstörten Haushalt der Stadt.

Eine weitere große Chance, die vertan wird, ist die in großen Teilen konkretisierte Umsetzung des Flächennutzungsplans. Unser beschlossener Flächennutzungsplan stellt die Entwicklung der Flächen zur Deckung des Wohn- und Gewerbebedarfs bis 2035 dar.

Rat, Ausschüsse und Stadtgesellschaft haben diesen Entscheidungsprozess über Jahre begleitet.

Wir sprechen im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan von einem möglichen Einkommenszuwachs für den Haushalt von 44 bis 122,5 Millionen Euro allein durch den Umlegungsvorteil. Da der Plan den Titel "2035" trägt, rechnen wir hoch, was dies in den nächsten 13 Jahren bedeuten würde: 3,38 bis 9,42 Millionen Euro pro Jahr! Dieses Geld wird von der Stadt dringend benötigt, genau wie Familien Wohnraum und Unternehmen Arbeitsflächen benötigen. Alle würden davon profitieren.

Natürlich ergeben sich daraus auch langfristige Einkommenszuwächse durch die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.

Dies wäre eine ebenso nachhaltige wie notwendige Finanzierung des Haushalts. Leider hat hier das politische Risiko zugeschlagen. Die Koalition will den Flächennutzungsplan nicht umsetzen und hat stattdessen die "Baulandstrategie" entwickelt.

---

Künftige Neubaugebiete können nur entstehen, wenn Investoren oder Eigentümer zuerst das Land an die Stadt verkaufen und es später teurer zurückkaufen. Bei größeren Flächen, auf denen ein großes Bauprojekt realisiert werden kann, müssen 30% der Wohnungen als Sozialwohnungen auf den Markt gebracht werden.

Dies bedeutet, dass die Entwicklung neuer Baugebiete erheblich gebremst oder sogar unmöglich gemacht wird. Wenn überhaupt etwas gemacht wird, soll der Wertzuwachs der Grundstücke größtenteils an die Stadt abgeführt werden. Die 70% der Wohnungen, die frei vermietet oder finanziert werden, müssen auch die 30% Sozialwohnungen mitfinanzieren, damit sich dies überhaupt rentiert. Dies gilt als fast unmöglich.

Daher wird hier wieder eine große Chance vertan.

Die Folge ist eine weitere Zersiedlung rund um Bergisch Gladbach. Familien, die in der Stadt keinen Platz zum Bauen finden oder sich diesen aufgrund der politischen Knappheit der Flächen nicht leisten können, ziehen ins Umland, wie zum Beispiel nach Kürten, wo ganze Landstriche bereits neu bebaut werden. Der daraus resultierende Verkehr führt dann größtenteils durch Bergisch Gladbach.

Leider schadet der Stadt auch weiterhin eine schwache, teilweise zerstörte Infrastruktur.

Das Straßennetz weist einen dauerhaften Unterhaltungsstau auf, der Ausbau der verschiedenen Verkehrswege ist kaum mehr möglich. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur kommt nicht voran und wird nicht einmal als kommunale Aufgabe begriffen.

Wir befinden uns auf dem Weg zu einem strukturschwachen Raum mit typischen Problemen: einer schwächelnden Wirtschaftsstruktur und

---

teilweise unzureichender Versorgung bei technischer und sozialer Infrastruktur. Oft folgt eine hohe Arbeitslosenquote.

Es gibt jedoch umliegende Gemeinden, die all diese Probleme hatten, aber mit frischem Denken und auch in einigen Fällen mit neuen Menschen lösen konnten.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre geleistete Arbeit und bei Ihnen für Ihre stetigen Bemühungen bedanken.

Als Kommunalpolitikerinnen und -politiker wünschen wir uns, dass wir im Interesse unserer Stadt schnellstmöglich unsere politische Arbeit wieder ohne einen Haushalt in Dauerkrise fortsetzen können.

Bis dahin ist es leider noch ein sehr sehr langer Weg.

*Bergisch Gladbach, den 28.03.2023*

---